

Antrag

Hannover, den 15.10.2019

Fraktion der FDP

Niedersachsen zum Reallabor für Wasserstoffbusse machen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Wasserstoff gewinnt zunehmend an Bedeutung und wäre in der Lage, klimaneutral Energie in allen Bereichen zur Verfügung zu stellen. Ein energieintensiver Sektor ist der Verkehrsbereich, der Verkehrsträger übergreifend viele Emissionen durch das Verbrennen fossiler Energieträger erzeugt. Neben der sogenannten E-Mobilität wird immer häufiger von Brennstoffzellenantrieben auf der Basis von grünem Wasserstoff gesprochen. Bei der batteriebasierenden E-Mobilität gibt es Einsatzgrenzen bei der Reichweite und dem Gewicht, die Lade- bzw. Standzeiten sind lang, und die Belastungen des Stromnetzes sind nicht einschätzbar. Die batteriebasierende E-Mobilität wird nur einen Teil der künftigen Mobilitätsansprüche abdecken können.

Wasserstoff wird in Niedersachsen bereits als Antriebsenergie im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) genutzt. Wasserstoff wäre auch in der Lage, in Bussen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eingesetzt zu werden und so für einen leisen und emissionsfreien Nahverkehr für viele Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Erste Versuche laufen in verschiedenen deutschen und europäischen Städten. Aktuell ist die Wirtschaftlichkeit bei der Erzeugung des Wasserstoffs noch ein Nachteil, denn es muss sehr viel Primärenergie für die Elektrolyse zur Aufspaltung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff aufgebracht werden. Dieses Delta gilt es in der Übergangszeit bis zur Wirtschaftlichkeit gezielt zu schließen.

Um das Interesse von Verbraucherinnen und Verbrauchern am Wasserstoff zu steigern und die Nutzung und Alltagstauglichkeit von Wasserstofffahrzeugen in den Alltag zu integrieren, wäre ein flächiger Großversuch im Linienbusbetrieb sowohl im städtischen und insbesondere im ländlichen Raum sinnvoll. Was beim Personentransport das E-Taxi für wenige Kundinnen und Kunden leisten kann, könnte der Wasserstoff bei der Mobilität von vielen Kundinnen und Kunden leisten. Am Ende muss eine klimaneutrale, kundenfreundliche und alltagstaugliche Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger stehen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. eine spezielle Wasserstoffstrategie für den ÖPNV und SPNV für Niedersachsen mit den Kommunen, Verbänden und den privaten und kommunalen Verkehrsunternehmen zu entwickeln sowie
2. einen ganzheitlichen Weg zu einer klimaneutralen, kundenfreundlichen und alltagstauglichen Mobilität im ÖPNV und SPNV für alle Bürgerinnen und Bürger aufzuzeigen,
3. den Bedarf für ein Sofortprogramm Wasserstoff-Mobilität in und für Niedersachsen in Bezug auf Fahrzeuge und Infrastruktur festzustellen und zu beschließen, damit die von der EU geforderte schnelle Markteinführung von Brennstoffzellen und Wasserstofftechnologie im Rahmen des EU-Programms „Horizon 2020“ auch in Niedersachsen umgesetzt werden kann,
4. hierfür die einschlägigen Förderprogramme der EU und des Bundes zur Einführung eines wasserstoffbasierten ÖPNV zusammenzuführen und ähnlich wie in anderen Bundesländern mit Landesmitteln aufzustocken,
5. insbesondere die klein- und mittelständischen Verkehrsunternehmer im ländlichen Raum (schnelles Tanken und große Reichweite) bei der Förderung während der Umstellung auf eine klimaneutrale und alltagstaugliche Wasserstoff-Mobilität zu berücksichtigen und

6. die Anforderungen an ein bedarfsgerechtes Wasserstoff-Tankstellennetz für den ÖPNV zu benennen und mit den privaten und kommunalen Verkehrsbetrieben sowie den Kommunen zu bestimmen.

Begründung

In Deutschland fehlt sowohl eine sektorübergreifende Strategie zur Reduzierung von Emissionen in den Bereichen Verkehr, Industrie, Gebäude und Energie als auch eine belastbare „Durchbruchskultur“. Obwohl es in Deutschland eine ausgeprägte Grundlagenforschung, viele gute Ansätze und reichlich Fördermittel gibt, fehlt es an einer dauerhaften Verbindung zwischen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, der Wirtschaft und der Politik, um komplexe Fragestellungen, z. B. im Bereiche Verkehr, Mobilität und Logistik, zukunftssicher zu beantworten. Die Politik äußert Vorstellungen und Wünsche und setzt halbherzige Rahmenbedingungen, nach denen sich die Wirtschaft ausrichtet. Die Halbwertszeit dieser politischen Vorstellungen und die Zuverlässigkeit der Rahmenbedingungen lassen oft zu wünschen übrig, sodass sich betriebswirtschaftliche Zukunftsentscheidungen nur schwer treffen lassen. Andere große Volkswirtschaften positionieren sich strategischer und gehen zielgerichteter vor.

Norddeutschland wäre in der Lage, grünen Windwasserstoff durch überschüssigen Windstrom oder Solarenergie zu erzeugen und zu speichern. Das Problem, dass regenerativ erzeugte Energie nicht genutzt werden kann, aber bezahlt werden muss, nimmt mit dem geforderten weiteren Ausbau der Windkraft zu. Niedersachsen ist, dank des Engagements von Alstom in Salzgitter, Vorreiter beim Einsatz von Wasserstoff im SPNV. Bundesweit wird vereinzelt der Einsatz von Wasserstoffbussen geprobt. Hamburg, Darmstadt, Wiesbaden, Frankfurt, Köln und München wagen die ersten Versuche beim Einsatz von Wasserstoffbussen. Niedersachsen kann als Flächen- und Mobilitätsland mehr.

Andere EU-Mitgliedstaaten und auch andere Bundesländer sind bei der Förderung von emissionsfreien Wasserstoff-Bussen weiter als Niedersachsen. Niedersachsen kann und darf hier nicht hintenanstehen, zumal bei uns der Energieträger Wasserstoff unter günstigen Voraussetzungen hergestellt, gespeichert und transportiert werden kann. Ein emissionsfreier ÖPNV und SPNV ist für Niedersachsen als Flächen-, und Forschungsland sowie als Mobilitäts- und Industriestandort essenziell.

Derzeit werden in Niedersachsen Busse in Höhe von 24,6 Millionen Euro gefördert. Von den 237 geförderten Fahrzeugen sind 38 mit Elektroantrieb und 24 mit Gasantrieb. Wasserstoffbusse scheinen derzeit in Niedersachsen nicht gefördert zu werden. Ziel des Antrages ist es, dass der ÖPNV in Niedersachsen durch grünen Wasserstoff sowohl in der Fläche als auch in den Städten klimaneutral, kundenfreundlich und alltagstauglich - in einem Wort: zukunftsorientiert - aufgestellt wird. Der Zeitpunkt ist gut gewählt, Förderungen des Bundes und der EU sind vorhanden, und die übrigen Rahmenbedingungen auf Landesebene sind jetzt zu schaffen. Als ein erster Schritt könnte der Austausch der ältesten dieselbetriebenen Linienbusse in den jeweiligen Landkreisen sowie die Schaffung einer angemessenen Versorgungsstruktur mit Wasserstoff gesehen werden.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 17.10.2019)